
Jahresziele und Projekte 2009 der Bildungs- und Kulturdirektion

Altdorf, 2. Juli 2009

ÜBERSICHT

durch anklicken gelangen Sie auf das entsprechende Ziel

| | |
|---|----|
| ÜBERGREIFENDES | 4 |
| MY TOP JOB | 4 |
| ERARBEITEN EINES BERICHTES ZUR VOLKSSCHULE URI IM JAHR 2016 | 5 |
| DIREKTIONSSEKRETARIAT | 5 |
| ABSTIMMUNG ÜBER DIE ABSCHAFFUNG DER BEITRÄGE AN REISEKOSTEN FÜR LERNENDE MIT AUSSERKANTONALEM SCHULORT. | 5 |
| BEITRAG DES KANTONS URI AN DEN NEUBAU DER THERAPIESTELLE | 5 |
| MODERNISIERUNG DER ERHEBUNGEN IM BILDUNGSBEREICH - UMSETZUNG IM KANTON URI | 6 |
| VOLKSSCHULE | 6 |
| NEUAUSRICHTUNG DER SCHULAUF SICHT UND EINFÜHRUNG DER EXTERNEN SCHULEVALUATION | 6 |
| BEITRITT ZUM KONKORDAT HARMOS - ÄNDERUNG DES SCHULGESETZES | 7 |
| BEITRITT ZUR INTERKANTONALEN VEREINBARUNG VOM ÜBER DIE ZUSAMMENARBEIT IM BEREICH DER SONDERPÄDAGOGIK (SONDERPÄDAGOGIK-KONKORDAT) | 7 |
| AUSARBEITUNG EINES KANTONALEN SONDERPÄDAGOGIKKONZEPTES | 7 |
| GESUNDHEITSFÖRDERUNG AN DER URNER VOLKSSCHULE | 8 |
| GEMEINDEÜBERGREIFENDE TAGESSCHULE | 9 |
| UNTERSTÜTZUNG DES AUFBAUES DES SCHULNETZ URI | 9 |
| BERUFSBILDUNG UND MITTELSCHULEN | 10 |
| CASE MANAGEMENT BERUFSBILDUNG | 10 |
| EINFÜHRUNG NEUER BERUFE | 11 |
| UMSETZUNG DER VERORDNUNG ÜBER DIE BERUFS- UND WEITERBILDUNG BWV | 12 |
| EINFÜHRUNG DER QUALICARTE ZUR DOKUMENTATION DER QUALITÄTSENTWICKLUNG IN DEN LEHRBETRIEBEN | 12 |
| BERUFS-, STUDIEN- UND LAUFBAHNBERATUNG | 13 |
| SPORTFÖRDERUNG | 13 |
| UMSETZUNG J+S-KIDS IN SCHULEN UND VEREINEN | 13 |
| NEUES KONZEPT ERWACHSENENSSPORT IM KANTON URI | 14 |
| KULTURFÖRDERUNG | 14 |
| WEITERFÜHRUNG VON PROGRAMMVEREINBARUNGEN MIT URNER KULTURBETRIEBEN | 14 |
| JUGENDPOLITIK | 15 |

| | |
|--|-----------|
| WEITERFÜHRUNG DER KINDERSCHUTZKAMPAGNE ZUR PRÄVENTION VON SEXUELLER GEWALT AN KINDERN | 15 |
| ERARBEITEN VON RECHTLICHEN GRUNDLAGEN FÜR DIE KINDER- UND JUGENDFÖRDERUNG | 16 |
| STAATSARCHIV | 16 |
| AUSBAU DER KUNDENDATENBANK | 16 |
| RECORDS MANAGEMENT IM RAHMEN DER GEKO | 17 |
| ABLÖSUNG ALTER VIDEOFORMATE | 18 |

Übergreifendes

MY TOP JOB

[Zurück zur Übersicht](#)

Auch im Kanton Uri richtet sich die Berufswahl junger Frauen noch immer mehrheitlich nach traditionellen Rollenbildern. Die Schulabgängerinnen wählen zudem aus einem sehr engen Spektrum von Berufen. Damit sind verschiedene Probleme verknüpft:

- Junge Frauen haben beim Übergang von der obligatorischen Schule in die Berufslehre viel häufiger Probleme als junge Männer, da das Lehrstellenangebot in den traditionell von jungen Frauen nachgefragten Berufen bedeutend kleiner ist als in den übrigen Berufsfeldern.
- Junge Frauen, welche ihre Berufswahl nach den traditionellen Mustern ausrichten, riskieren, dass sie im späteren Berufsleben bedeutend weniger verdienen, häufiger arbeitslos werden und oft auch geringere Karrierechancen haben.

Mit einer breit angelegten Kampagne soll das Berufswahlverhalten der jungen Frauen in der Richtung verändert werden, dass sie vermehrt aus dem gesamten Spektrum Berufe wählen.

Stand

Die Kampagne wurde am 18. September 2008 mit einer Pressekonferenz lanciert. Am 13. November 2008 machte der Kanton Uri beim nationalen Tochtertag mit. Dieser ist auch 2009 geplant. Ferner wurde eine Plakatserie mit Portraits von jungen Urner Berufsfrauen in geschlechtsuntypischen Berufen produziert und verbreitet. Für Lehrpersonen und Lehrbetriebe wurden spezielle Veranstaltungen organisiert. Am 26. Mai 2009 bewilligte der Regierungsrat einen Projektbeitrag für das Jugendtheater "My top job". Dieses thematisiert die Geschichten junger Menschen bei der Wahl untypischer Berufe und soll im März 2010 in allen Urner Oberstufen aufgeführt werden. Die Projektleitung hat der Leiter des Jugendtheaters Josef Grossrieder.

Nächste Schritte

Geplant sind folgende Aktivitäten: Produktion der 2. Staffel der Portraits von Lernenden, Aushang von Plakaten im öffentlichen Raum, ETH-Tag an der Mittelschule, Theaterproduktion "My top job" mit Premiere am 5. März 2010 und einer Tournee an Urner Oberstufen.

Ziel bis Ende Jahr

Die Kampagne ist gemäss Konzept weitergeführt worden. Theaterproduktion und Proben laufen und das Projekt liegt im Zeitplan.

Erarbeiten eines Berichtes zur Volksschule Uri im Jahr 2016

[Zurück zur Übersicht](#)

Mit dem Konkordat HarmoS und der NFA wird für die Volksschule auf schweizerischer und kantonaler Ebene ein neuer Rahmen gesetzt. Wie soll sich die Volksschule im Kanton Uri unter diesem neuen Rahmen weiterentwickeln? Gemeinsam mit allen an der Schule Interessierten wird ein Bericht erarbeitet, der aufzeigt, wie die Volksschule Uri im 2016 aussehen könnte.

Stand

Die Projektgruppe hat in 7 Sitzungen einen Zwischenbericht an den Erziehungsrat und den Regierungsrat erarbeitet. Der Zwischenbericht wurde am 1. April 2009 im Erziehungsrat und am 12. Mai 2009 im Regierungsrat behandelt. Das Institut für Bildungsmanagement und Bildungsökonomie (IBB) der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz (PHZ) in Zug führte zwei umfangreiche Umfragen durch.

Nächste Schritte

Die Projektgruppe erarbeitet den Bericht aufgrund der Zwischenentscheide im Erziehungsrat und Regierungsrat. Das Resultat der Umfrage wird bis Ende August ausgewertet und in den Bericht eingebaut.

Ziel bis Ende Jahr

Die Projektphase 1 ist abgeschlossen, der Bericht erstellt, sodass im 2010 die Diskussion über den Bericht im Rahmen einer breiten Vernehmlassung lanciert werden kann.

Direktionssekretariat

Abstimmung über die Abschaffung der Beiträge an Reisekosten für Lernende mit ausserkantonalem Schulort.

[Zurück zur Übersicht](#)

Der Landrat beschloss am 3. September 2008 die Beiträge an die Reisekosten abzuschaffen. Dagegen wurde das Referendum ergriffen. Dieses kam zustande.

Stand

Das Volk hat am 17. Mai 2009 der Streichung der Beiträge an Reisekosten für Lernende mit ausserkantonalem Schulort mit 4'962 Ja gegen 4'869 Nein zugestimmt. Das Projekt ist abgeschlossen.

Beitrag des Kantons Uri an den Neubau der Therapiestelle

[Zurück zur Übersicht](#)

Die Therapiestelle des Heilpädagogischen Zentrums Uri (HPZ) ist heute dezentral an drei Orten untergebracht. Die Räumlichkeiten entsprechen zudem teilweise den Anforderungen an ein behindertengerechtes Bauen in keiner Weise. Die Therapiestelle soll deshalb in einem Neubau in unmittelbarer Nähe zur Sonderschule Uri untergebracht werden.

Stand

Der Landrat hat am 17. Juni 2009 einem Beitrag von 2,5 Mio. Franken zugestimmt. Die Volksabstimmung findet am 27. September 2009 statt.

Das Projekt ist abgeschlossen. [Vorlage an den Landrat](#)

Modernisierung der Erhebungen im Bildungsbereich - Umsetzung im Kanton Uri

[Zurück zur Übersicht](#)

Schon seit Längerem arbeitet das Bundesamt für Statistik an der Modernisierung der Erhebungen im Bildungsbereich. Ziel dieses Projektes ist es, die verschiedenen heute durchgeführten Erhebungen zu koordinieren und damit besser aufeinander abzustimmen. Kernelemente sind die Einführung der Individualstatistik für die Schülerinnen und Schüler indem hier die neue AHV Nummer als Identifikator eingesetzt wird.

Stand

Die BKD hat die Daten für die Statistik der Schülerinnen und Schüler für das Schuljahr 2008/09 erstmals in elektronischer Form erhoben und auch so an das Bundesamt für Statistik abgeliefert. Die Projektgruppe wurde gewählt und es fanden zwei Sitzungen statt. Die Form der Datenablieferung für 2009 wurde in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Statistik festgelegt und die Schulen darüber informiert. Die schriftliche Publikation der Bildungs- und Beratungsstatistik wurde überarbeitet und Anfangs Juli 2009 in neuer Form publiziert.

Nächste Schritte

Bei den Gemeinden wird eine Erhebung über zusätzliche Bedürfnisse bezüglich Verwaltungssoftware durchgeführt.

Ziel bis Ende Jahr

Mit dem Projekt werden folgende Ziele verfolgt:

- Es sind die Grundlagen geschaffen, dass alle Schulen die Daten der Schülerinnen und Schüler in der geforderten Form an die Bildungs- und Kulturdirektion (BKD) abliefern können.
- Alle Volksschulen verwenden das Programm Campus.
- Es ist geprüft, ob die Kantonalen Schulen in naher Zukunft eine einheitliche Schulverwaltungssoftware einsetzen wollen.
- Die schriftliche Publikation der Bildungs- und Beratungsstatistik ist überarbeitet.

Volksschule

Neuausrichtung der Schulaufsicht und Einführung der externen Schulevaluation

[Zurück zur Übersicht](#)

Die einzelnen Volksschulen sind daran im Rahmen des Konzeptes Qualitätsentwicklung ein schulinternes Qualitätsmanagement einzuführen. Diese Ausgangslage und die Einführung der Schülerpauschale im Zusammenhang mit NFA zwingen den Kanton neu festzulegen, wie er die Volksschule führen und steuern soll (Bereiche und Instrumente). Die zukünftige Rolle der Schulaufsicht und der externen Schulevaluation sind zu klären und die externe Evaluation ist einzuführen.

Stand

Der Landrat hat die Neuausrichtung der Schulaufsicht und die Einführung der externen Schulevaluation auf den 1. August 2010 beschlossen. [Vorlage an den Landrat](#)

Nächste Schritte

Die Planung zur Einführung wird vorbereitet.

Ziel bis Ende Jahr

Die Planung zur Einführung der externen Evaluation auf das Schuljahr 2010/11 liegt vor.

Beitritt zum Konkordat HarmoS - Änderung des Schulgesetzes

[Zurück zur Übersicht](#)

Die Plenarversammlung der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) hat am 14. Juni 2007 die Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (Konkordat HarmoS) beschlossen und zur Ratifizierung in den Kantonen frei gegeben. Das Konkordat HarmoS hat für den Kanton Uri wichtige Konsequenzen, indem bei einem Beitritt der Besuch des Kindergartens während zweier Jahre obligatorisch wird und damit das Einschulungsalter gegenüber heute mit dem freiwilligen Kindergartenbesuch um zwei Jahre vorverlegt wird.

Stand

Der Landrat hat den Beitritt und die Änderung des Schulgesetzes am 13. Mai 2009 beschlossen. [Vorlage an den Landrat](#). Die Volksabstimmung findet am 27. September 2009 statt. Das Projekt ist abgeschlossen.

Beitritt zur Interkantonalen Vereinbarung vom über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik (Sonderpädagogik-Konkordat)

[Zurück zur Übersicht](#)

Auf den 1. Januar 2008 ist der NFA auf Bundes- und Kantonsebene in Kraft getreten. Damit hat sich die IV aus der Finanzierung der Sonderschulung (Sonderpädagogik) zurückgezogen. Die Sonderschulung wird Teil der Volksschule. Die Kantone sind allein für die Finanzierung und Durchführung der Sonderschulung verantwortlich. Mit dieser Änderung der Zuständigkeit besteht die Gefahr, dass Schülerinnen und Schüler, die einen Bedarf an sonderpädagogischer Förderung haben, nicht in allen Kantonen gleich behandelt werden. Um dies zu verhindern hat die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) in Zusammenarbeit mit den Kantonen eine Vereinbarung erarbeitet. Die Plenarversammlung vom 25. Oktober 2007 hat die Vereinbarung zur Ratifizierung in den Kantonen frei gegeben. Mit der Interkantonalen Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik (Sonderpädagogik-Konkordat) wird erreicht, dass nach dem Rückzug der IV aus der Finanzierung der Sonderschulung, Angebot, Qualität, Anspruchsberechtigung und Verfahren in den einzelnen Kantonen ein vergleichbares Niveau erreichen.

Stand

Der Landrat hat dem Beitritt am 13. Mai 2009 zugestimmt. [Vorlagen an den Landrat](#). Das Projekt ist abgeschlossen.

Ausarbeitung eines kantonalen Sonderpädagogikkonzeptes

[Zurück zur Übersicht](#)

Das Behindertengleichstellungsgesetz verpflichtet die Kantone, "soweit dies möglich ist und dem Wohle des behinderten Kindes oder Jugendlichen dient", behinderte Kinder und Jugendliche integrativ in der Regelklasse zu schulen. Mit Einführung der NFA ab 1. Januar 2008 hat sich die Invalidenversicherung (IV) aus der Sonderschulung zurückgezogen. Der Kanton hat nun die volle fachliche und finanzielle Verantwortung in diesem Bereich übernommen.

Die Kantone haben während der Übergangsfrist (1.1.2008 bis 1.1.2011) das bisherige IV-Angebot in Qualität und Umfang zu gewährleisten. In dieser Frist muss das kantonale Recht angepasst werden und bis zum Jahre 2011 das Konzept über die Sonderpädagogik entwickelt werden.

Der Erziehungsrat hat eine Projektgruppe für die Ausarbeitung des Sonderpädagogikkonzeptes eingesetzt. Die Projektgruppe hat Richtlinien zur Sonderpädagogik von Kindern und Jugendlichen von 0 bis 20 Jahren ausgearbeitet sowie einen Kommentar dazu verfasst. Der Erziehungsrat hat

die Richtlinien an der Sitzung vom 2. Juli 2008 verabschiedet und auf den 1. August 2008 in Kraft gesetzt.

Mit der Verordnung über das sonderpädagogische Angebot im Kanton Uri (RB 10.1611) und den Richtlinien zur Sonderpädagogik von Kindern und Jugendlichen von 0 bis 20 Jahren (ERB vom 2. Juli 2008) hat der Kanton nun die notwendigen Grundlagen für die Übernahme der vollen fachlichen und finanziellen Verantwortung im Bereich der Sonderpädagogik geschaffen.

Stand

Die Richtlinien werden in der Praxis angewendet und Erfahrungen gesammelt.

Nächste Schritte

Im Verlaufe des Jahres wird die Planung des Konzeptes zur Sonderpädagogik (basierend auf den Richtlinien zur Sonderpädagogik) an die Hand genommen.

Ziel bis Ende Jahr

Die Planung des Konzeptes zur Sonderpädagogik liegt vor und die Erfahrungen mit der Anwendung der Richtlinien sind ausgewertet.

Gesundheitsförderung an der Urner Volksschule

[Zurück zur Übersicht](#) 2008 genehmigte der Erziehungsrat das Konzept Ernährung und Bewegung. Es wird in den Schuljahren 2009 - 2012 an der Urner Volksschule umgesetzt. Das Konzept ermöglicht der Schule eine für sie massgeschneiderte Umsetzung des Konzeptes in den Bereichen Ernährung und Bewegung.

Stand

Die Schulleitungen sind ins Konzept eingeführt und übernehmen an ihrer Schule die operative Führung. Die Schulen werden durch die Fachstelle Gesundheitsförderung und Prävention Uri und das Amt für Volksschulen in der Konzeptumsetzung begleitet. Anfangs Januar 2009 wurde die Broschüre mit Angabe zu einzelnen Projekten, welche von den Schulen gebucht werden können, an die Schulteams abgegeben. Im Sommer 2009 ist der Projektstart.

Nächste Schritte

Die Schulen entscheiden sich für die Projekte und bestellen diese bei der Projektleitung.

Ziel bis Ende Jahr

Der Projektstart ist gelungen und die Umsetzung an den Urner Volksschulen läuft.

Gemeindeübergreifende Tagesschule

[Zurück zur Übersicht](#)

2007 beantwortete der Regierungsrat das Postulat von Landrat Othmar Arnold, Bürglen, zur Schaffung von Tagesschulen. Der Regierungsrat will die Einrichtung einer gemeindeübergreifenden Tagesschule prüfen. Der Erziehungsrat hat ein Mandat zur Ausarbeitung eines Berichtes mit Konzept erteilt und eine Arbeitsgruppe eingesetzt.

Stand

Die Arbeitsgruppe hat einen Zwischenbericht erarbeitet.

Nächste Schritte

- Der Zwischenbericht wird dem Erziehungsrat und dem Regierungsrat für einen Entscheid vorgelegt.

Ziel bis Ende Jahr

Bericht und Konzept liegen fertig vor.

Unterstützung des Aufbaues des Schulnetz Uri

[Zurück zur Übersicht](#)

Die Einführung des neuen „Ergänzungs-Lehrplans ICT“ auf das Schuljahr 2010/2011 stellt die Urner Volksschulen vor eine beachtliche neue Herausforderung. 14 interessierte Partner (12 Schulen, das Didaktisches Zentrum Uri sowie die Bildungs- und Kulturdirektion Uri mit unterstützender Funktion) haben sich entschlossen, ein kantonales Schulnetz einzuführen.

Rund 3'000 Schulkinder, deren Lehrpersonen, Behörden sollen auf den über 400 im Einsatz stehenden Computern Zugang zu einer gemeinsamen Plattform erhalten. Das Schulnetz kann nach Inbetriebnahme und bei Interesse auf alle Gemeinden ausgedehnt werden.

Das Schulnetz Uri soll eine hohe Verfügbarkeit garantieren und den überwiegenden Teil der Anforderungen abdecken können, welche als Treffpunkte im Lehrplan formuliert sind. Die neue Plattform ist auf die Schülerinnen und Schüler ausgerichtet und soll die Lehrperson in der Unterrichtsgestaltung mit Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) unterstützen.

Weitere Informationen finden Sie unter <http://www.schulnetz-uri.ch/>.

Stand

Die Steuergruppe (Vertreter der beteiligten Partner) haben die Projektleitung und die Projektgruppe gewählt.

Nächste Schritte

Umsetzung der geplanten Meilensteine (siehe Website).

Ziel bis Ende Jahr

Das Schulnetz wird auf Beginn des Kalenderjahres 2010 in Betrieb genommen.

Case Management Berufsbildung

[Zurück zur Übersicht](#)

Mit Case Management will der Bund den Übergang von der Volksschule über die Berufsbildung ins Erwerbsleben verbessern (vgl. Dossier "[Case Management](#)"). Der Kanton Uri ist zusammen mit den anderen Zentralschweizer Kantonen der Einladung des BBT nachgekommen, ein Rahmenkonzept für die Umsetzung des Case Managements einzureichen. Eine Übersicht über die Situation in den Kantonen finden Sie [hier](#).

Der Regierungsrat hat entschieden, dass im Kanton Uri ein Case Management Berufsbildung gemäss Vorgaben des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie (BBT) in Zusammenarbeit mit den anderen Zentralschweizer Kantonen umgesetzt werden soll. Die Ziele des Projektes *Case Management Berufsbildung* in Uri sind die folgenden:

- Die Prozessabläufe (insbesondere an den Schnittstellen) sind geklärt, beschrieben und werden von allen beteiligten Institutionen eingehalten.
- Es ist geklärt, zu welchem Zeitpunkt bei welcher Institution die Entscheidungs-, Handlungs- und Steuerungskompetenzen liegen. Die Rollen der einzelnen Akteure sind klar.
- Es findet an der Oberstufe eine frühzeitige Erfassung der Personen statt.
- Die bestehenden Betreuungsangebote arbeiten in jedem Einzelfall optimal zusammen.
- Für Personen, welche durch das Case Management Berufsbildung erfasst wurden, wird eine übergeordnete Fallführung eines Case Managers, einer Case Managerin angeboten, welche die Betreuungsaufgaben und die Massnahmen von der Erfassung, über die Vorbereitung auf die Berufsbildung, die berufliche Grundbildung, den erfolgreichen Lehrabschluss bis zur nachhaltigen Eingliederung in die Arbeitswelt koordiniert. Sie/er führt während des ganzen Prozesses den Fall.

Stand

Das Zentralschweizerische Rahmenkonzept Case Management Berufsbildung ist beim Bund eingereicht. Vorbereitende Workshops mit allen beteiligten Institutionen haben stattgefunden. Die BKD hat einen Projektauftrag erteilt. Die Projektgruppe und die Projektleitung haben die Arbeit aufgenommen. Die Prozesse sind bereinigt, die Rollen der Partner geklärt. Es werden laufend gefährdete Personen erfasst. Das Pilotprojekt läuft.

Nächste Schritte

Das Pilotprojekt ist angelaufen. Erfahrungen werden laufend ausgewertet und die Prozesse werden angepasst.

Ziel bis Ende Jahr

Die Projektstruktur ist bereinigt, die Rollen der Partner und die Prozessabläufe sind geklärt. Eine erste Erfassung von besonders gefährdeten Personen in Zusammenarbeit mit den Schulleitungen der Oberstufenzentren hat stattgefunden.

Einführung neuer Berufe

[Zurück zur Übersicht](#)

Im Sommer 2009 werden neue Berufe nach Grundlagen des neuen Berufsbildungsgesetzes eingeführt. Die Einführung der folgenden Berufe ist gemäss Masterplan des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie geplant:

- Agrarpraktikerin EBA / Agrarpraktiker EBA (Berufsfeld)
- Anlagenführerin EFZ / Anlagenführer EFZ [Inkraftsetzung ursprünglich auf 2010]
- Automatikerin EFZ / Automatiker EFZ
- Automatikmonteurin EFZ / Automatikmonteur EFZ
- Buchhändlerin EFZ / Buchhändler EFZ
- Bühnentänzerin EFZ / Bühnentänzer EFZ
- Drucktechnologin EFZ / Drucktechnologe EFZ (Berufsfeld)
- Elektronikerin EFZ / Elektroniker EFZ
- Fachfrau Gesundheit EFZ / Fachmann Gesundheit EFZ
- Fachfrau Information und Dokumentation EFZ / Fachmann Information und Dokumentation EFZ [Inkraftsetzung ursprünglich auf 2008]
- Geflügelfachfrau EFZ / Geflügelfachmann EFZ, Gemüsegärtnerin EFZ / Gemüsegärtner EFZ, Landwirtin EFZ / Landwirt EFZ, Obstfachfrau EFZ / Obstfachmann EFZ, Weintechnologin EFZ / Weintechnologe EFZ und Winzerin EFZ / Winzer EFZ (Berufsfeld der Landwirtschaft und deren Berufe) [Inkraftsetzung ursprünglich auf 2008]
- Holzbildhauerin EFZ / Holzbildhauer EFZ
- Holzhandwerkerin EFZ / Holzhandwerker EFZ (Berufsfeld)
- Hufschmiedin EFZ / Hufschmied EFZ
- Konstrukteurin EFZ / Konstrukteur EFZ
- Korb- und Flechtwerkgestalterin EFZ / Korb- und Flechtwerkgestalter EFZ
- Küferin EFZ / Küfer EFZ
- Kunststoffverarbeiterin EBA / Kunststoffverarbeiter EBA [Inkraftsetzung ursprünglich auf 2008]
- Mechanikpraktikerin EBA / Mechanikpraktiker EBA
- Orthopädistin EFZ / Orthopädist EFZ
- Polymechanikerin EFZ / Polymechaniker EFZ
- Produktionsmechanikerin EFZ / Produktionsmechaniker EFZ

Stand

Im letzten Quartal 2008 und im ersten Quartal 2009 erlässt das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT die Bildungsverordnungen und die zugehörigen Bildungspläne. Die Bildungsbewilligungen zu den neuen Berufen werden im Anschluss erteilt und die Einführungsveranstaltungen, welche in Zusammenarbeit mit den Organisationen der Arbeitswelt geplant und organisiert wurden, finden im ersten und zweiten Quartal 2009 statt.

Nächste Schritte

Die neuen Berufe sind auf Sommer 2009 eingeführt. Nach der Einführung werden Ende 2009 oder 2010 erste Evaluationssitzungen durchgeführt.

Ziel bis Ende Jahr

Die Lehrbetriebe sind zu den neuen beruflichen Grundbildungen informiert. Die Bildungsbewilligungen sind erteilt. Die Zahl der Lehrstellen bleibt in den betroffenen Berufen trotz Reformen mindestens konstant.

Umsetzung der Verordnung über die Berufs- und Weiterbildung BWV

[Zurück zur Übersicht](#) Die Verordnung über die Berufs- und Weiterbildung trat am 1. Januar 2008 in Kraft. Sie muss innerhalb der nächsten Jahre umgesetzt werden.

Stand

Fast alle notwendigen rechtlichen Grundlagen sind erstellt. Die Zusammenführung der Berufsfachschulen ist auf gutem Weg.

Nächste Schritte

Es wird ein Reglement für die Berufsfachschule erarbeitet. Die Höhe der Gebühren, Tarife, der Schul- und Kursgebühren wird vom Regierungsrat überprüft und neu festgelegt.

Ziel bis Ende Jahr

Die Umsetzungsarbeiten sind abgeschlossen.

Einführung der Qualicarte zur Dokumentation der Qualitätsentwicklung in den Lehrbetrieben

[Zurück zur Übersicht](#) In der Zentralschweiz wurde zur Dokumentation der Qualitätsentwicklung in den Lehrbetrieben die Qualicarte entwickelt. Sie wurde im Kanton Uri seit zwei Jahren eingesetzt in Lehrmeisterkursen, bei Betriebsbesuchen und bei Lehrbetriebsberatungen. Die Karte wurde auf nationaler Ebene weiterentwickelt. Sie liegt nun als Qualicarte vor: www.qualicarte.ch.

Stand

Das BBT hat die Karte als Methode zur Qualitätssicherung in Lehrbetrieben zugelassen. Mit der Qualicarte wurden weitere Hilfsmittel entwickelt wie Handbuch, elektronisches Evaluationstool und Workshops. Ein Einführungskonzept liegt vor. Die Einführung soll regional koordiniert in enger Zusammenarbeit mit den Organisationen der Arbeitswelt erfolgen. Im Verlaufe des Jahres 2008 hat das Amt für Berufsbildung und Mittelschulen ein Implementierungskonzept erarbeitet.

Nächste Schritte

Die Karte wird schrittweise eingeführt. Auf den Herbst wird eine Weisung des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie BBT erwartet, welche den Rahmen für die Umsetzung festlegt.

Ziel bis Ende Jahr

Die Einführung der Qualicarte hat begonnen.

Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung

Interaktive Berufswahlplattform auf berufsberatung.ch

[Zurück zur Übersicht](#)

Das nationale Portal www.berufsberatung.ch wird zu einer interaktiven Plattform für die Berufswahl ausgebaut. Mit verschiedenen neuen Online-Werkzeugen werden Jugendliche durch den Berufswahlprozess begleitet, Eltern unterstützt und Lehrpersonen auf Unterrichtsmaterialien hingewiesen. Der Ausbau wird in Form eines Pilotprojekts bis 2009 realisiert. Das neue Instrument wird kantonsspezifisch adaptierbar sein.

Stand

Im Kanton Uri wurde vor 3 Jahren der Urner Berufswahl-Pass eingeführt. Dieses Hilfsmittel hat sich grundsätzlich bewährt, es muss aber dringend überarbeitet werden. In einer ersten Phase wurde eine zentralschweizerische Zusammenarbeit angestrebt. Die Realisierung eines nationalen Projekts mit kantonalen oder regionalen Adaptionen bietet nun Schülerinnen und Schülern ganz neue Möglichkeiten zur Planung und zum Nachweis von Berufswahlaktivitäten. Geplant sind auch ein so genanntes "Logbuch", welches dem bisherigen Berufswahl-Pass entspricht sowie spezifische Webseiten für die Lehrkräfte mit Hinweisen zum Berufswahlunterricht enthält. Weiter gibt es ein Remindermail-System, das die Berufsberatungen der Kantone nutzen können, um den Jugendlichen, deren Eltern und Lehrpersonen regelmässige Inputs im Verlauf des Berufswahlprozesses zukommen zu lassen.

Nächste Schritte

Nach Abschluss der Pilotphase werden in enger Zusammenarbeit mit den übrigen Kantonen der Zentralschweiz die kantonsspezifischen Adaptionen vorbereitet.

Ziel bis Ende Jahr

Die Vorbereitungsarbeiten für eine Kooperation mit der nationalen Berufswahlplattform sind gemacht. Eine Printversion des Berufswahldossiers ist vorbereitet.

Sportförderung

Umsetzung J+S-Kids in Schulen und Vereinen

Nach der erfolgreichen Pilotphase von J+S-Kids von August bis Dezember 2008 hat das Bundesparlament den Kredit für die definitive Einführung per 1. Januar 2009 genehmigt. Somit kann J+S-Kids als Förderungsprogramm für 5- bis 10-Jährige flächendeckend für die meisten J+S-Sportarten in den Vereinen eingeführt werden. Die bereits laufenden J+S-Kids-Pilotaktivitäten in den Urner Schulen werden durch das Urner J+S-Kids-Expertenteam betreut und begleitet.

Stand

Der Kanton Uri hat bis Mitte 2009 in vier eigenen Kursen 85 interessierte Personen als J+S-Kids-Leiter/innen ausgebildet. Die meisten von ihnen bekunden Interesse, in einem J+S-Kids-Angebot in ihren Vereinen aktiv zu werden. Sieben Anbieter/innen in Urner Schulen und zwölf in Urner Vereinen nutzen dieses Kindersportförderungsprogramm aktiv.

Nächste Schritte

Die Abteilung Sport wird dafür besorgt sein, dass alle interessierten J+S-Leiterpersonen und Lehrpersonen eine verkürzte J+S-Kids-Ausbildung besuchen können, da die Einführungsphase Ende 2009 enden wird. Im November 2009 wird zusätzlich ein letzter Urner Sammelkurs angebo-

ten, bevor im Jahr 2010 die definitiven Ausbildungsstrukturen mit wöchigen J+S-Kids-Leiterkursen eingeführt werden.

Ziel bis Ende Jahr

Alle Sportvereine und Schulen können sich bei J+S-Kids anmelden und von den Fördermassnahmen profitieren. In der Region werden für das Jahr 2010 genügend Ausbildungsplätze angeboten. Die Kursplanung für 2010 mit den angepassten Inhalten und der längeren Kursdauer ist auf regionaler Basis (Zentralschweiz) erstellt.

Neues Konzept Erwachsenensport im Kanton Uri

Das Sportkonzept des Bundes sieht vor, den Erwachsenensport in der Schweiz neu zu konzeptualisieren. Das Bundesamt für Sport wurde mit der Umsetzung beauftragt. Die Kantone sind dabei die wichtigsten Partner des Bundesamtes. Bereits bestehende Partner wie "Pro Senectute" im Seniorensport sollen dabei auf allen Stufen miteinbezogen werden. In Magglingen wird die Kaderausbildung zentralisiert angeboten. Die Kantone koordinieren den Bedarf an Kursen und Angeboten in verschiedenen Sportarten und mit verschiedenen Partnern. Der Anteil der inaktiven Schweizer Bevölkerung soll durch diese gezielten Massnahmen verringert werden.

Stand

Der Kanton Uri wird nach den Vorgaben des Bundes ein kantonales Konzept für die Erwachsenensportförderung erstellen. Der Projektauftrag wurde seitens der Bildungs- und Kulturdirektion der Abteilung Sport erteilt. Entsprechende Vorarbeiten wurden bereits geleistet.

Nächste Schritte

Die Überführung des Seniorensportes in den Erwachsenensport hat beim Bundesamt für Sport eine massive Verzögerung erlitten. Schnittstellen mussten neu definiert werden und Ausbildungsinhalte galt es neu zu gestalten. Die Abteilung Sport wird daher erst gegen Ende des Jahres 2009 eine breit abgestützte Projektgruppe bilden. Die Personalfindung wird im Herbst an die Hand genommen. Die Projektgruppe wird ein Konzept erarbeiten.

Ziel bis Ende Jahr

Die Projektgruppe Erwachsenensport Uri ist gebildet. Sie legt bis Ende des Jahres 2010 der Bildungs- und Kulturdirektion ein konkretes Konzept zur Vernehmlassung vor.

Kulturförderung

Weiterführung von Programmvereinbarungen mit Urner Kulturbetrieben

[Zurück zur Übersicht](#)

Die finanzielle Unterstützung grösserer Urner Kulturbetriebe und Museen erfolgt jeweils durch Landrats- oder Regierungsratsbeschlüsse (Verpflichtungskredite, wiederkehrende RR-Beiträge aus dem Lotteriefonds). Die Aufgaben der privaten Betriebe im öffentlichen Interesse werden mit jährlichen Bilanz- und Entwicklungsgesprächen überprüft (Controllingberichte zu den Leistungsvereinbarungen).

Stand

Mit verschiedenen Kulturbetrieben bestehen Leistungsvereinbarungen, die periodisch erneuert werden müssen. Im Jahr 2008 abgeschlossen wurden die Leistungsvereinbarungen für das Histo-

rische Museum Uri (2009 - 2012) und der privatrechtlichen Kunst- und Kulturstiftung Heinrich Danioth (2010 - 2013). Im Jahre 2009 wurden beschlossen:

- *RR-Beschluss vom 17. März 2009*: Der Regierungsrat bewilligte einen Kantonsbeitrag von 13'000 Franken an die jährlichen Betriebskosten des Kellertheaters Vogelsang für die Spielzeit 2009/10 bis 2013/14.
- *RR-Beschluss vom 16. Juni 2009*: Der Regierungsrat stimmte der Weiterführung der Unterstützung (2010-2012) an das Haus der Volksmusik in Altdorf zu. Der Kantonsbeitrag an die Betriebskosten beträgt in den drei Jahren jährlich 50'000 Franken.
- *LR-Session am 17. Juni 2009*: Der Landrat stimmte grossmehrheitlich dem Kantonsbeitrag an die jährlichen Betriebskosten des Theater(uri) für die Jahre 2010-2013 zu. Siehe Bericht und Antrag des RR an den LR vom 19. Mai 2009. [Landratsvorlage](#)

Nächste Schritte

Pendent ist der Weiterführungsbeschluss für das Haus für Kunst Uri. Mit dem Anbau des Heinrich Danioth Pavillions gibt es betriebliche Mehrkosten, die jedoch zu einem beträchtlichen Teil durch die Dätwyler-Stiftung getragen werden. Der Kunstverein Uri wird im Frühjahr 2010 dem Kanton ein Gesuch einreichen.

Ziel bis Ende Jahr

Die Weiterführungsbeschlüsse zur Unterstützung der Urner Kulturbetriebe Theater(uri), Haus der Volksmusik und Kellertheater Vogelsang - liegen bereits vor. Das Gesuch und der Beschluss des Regierungsrates zur Weiterführung der Leistungsvereinbarung Haus für Kunst Uri erfolgt im Frühjahr 2010.

Jugendpolitik

Weiterführung der Kinderschutzkampagne zur Prävention von sexueller Gewalt an Kindern

[Zurück zur Übersicht](#)

Im Jahre 2007 führte der Kanton Uri die nationale Präventionskampagne "Keine sexuelle Gewalt an Kindern" durch. Alle 42 Schulkassen der 3./4. Klasse besuchten den Lernparcours "Mein Körper gehört mir", rund 25 Unterstufenklassen in 12 Gemeinden besuchten das interaktive Kindertheater "Mein Körper gehört mir!". Ergänzend wurden drei Elternabende, vier Lehrerweiterbildungsnachmittage und ein Fachkurs für das Animationsteam durchgeführt. Die am 20.09.2006 von Landrätin Annalise Russi eingereichte parlamentarische Empfehlung zur Aufklärung über die Gefahren des Internet-Chattens wurde an den Schulen (5.-9. Klasse) umgesetzt. Das Echo war positiv (siehe [Schlussbericht](#)).

Stand

Mit RRB Nr. 547 vom 9. September 2008 beschloss der Regierungsrat die Weiterführung der Kinderschutzkampagne in allen 3./4. Klassen im Jahre 2009. Zudem bewilligte er einen Beitrag an den Ankauf der Wanderausstellung. Die Verträge mit Kinderschutz Schweiz (Ankauf, Durchführung 2009) und dem Didaktischen Zentrum Uri (Ausleihbetrieb der Wanderausstellung) sind abgeschlossen. Der Weiterbildungsnachmittag für Mittelstufenlehrkräfte fand am 27. Mai 2009 statt.

Nächste Schritte

Die Bildungs- und Kulturdirektion führt zwischen 14. September und 2. Oktober 2009 zum zweiten Mal die Kampagne "Mein Körper gehört mir!" für die 3. und 4. Primarklassen in den Urner Ge-

meinden durch (Fachstelle Kinderschutz Uri mit Animatorenteam). Es finden weitere Rahmenveranstaltungen mit Eltern- und Kinderorganisationen statt, ferner auch drei Elternabende.

Ziel bis Ende Jahr

Alle 3. und 4. Primarklassen haben die Ausstellung "Mein Körper gehört mir!" besucht, die Rahmenanlässe (für Lehrer, Eltern, Organisationen, Medien) sind durchgeführt. Der Ausleihbetrieb der Wanderausstellung für Ob- und Nidwalden durch das Didaktische Zentrum Uri ist eingespielt.

Erarbeiten von rechtlichen Grundlagen für die Kinder- und Jugendförderung

[Zurück zur Übersicht](#)

Der Landrat verabschiedete am 26. Mai 2008 den Bericht und Antrag des Regierungsrats an den Landrat zu einem kinder- und jugendpolitischen Leitbild. Der Regierungsrat hält in seinem Bericht Folgendes fest:

"Der Regierungsrat will, dass sich Uri zu einem ausgesprochen familien-, kinder- und jugendfreundlichen Kanton entwickelt. Die zentrale Erziehungsverantwortung tragen Eltern und Erziehungsberechtigte. Dem Erziehungsumfeld und den Gemeinden kommt eine Hauptrolle zu. Der Kanton unterstützt Gemeinden und private Institutionen und übernimmt auch eigene Aufgaben."

Als eine der konkreten Massnahmen will der Regierungsrat in der Legislatur 2008 bis 2012 prüfen, ob neue rechtliche Grundlagen für die zukünftige Kinder- und Jugendpolitik zu erarbeiten sind.

Stand

Der Projektauftrag wurde von der Geschäftsleitung beschlossen. Mit dem Projekt soll die Notwendigkeit rechtlicher Grundlagen für die Kinder- und Jugendförderung vertieft geprüft werden. Es soll geklärt werden, ob und was allenfalls auf Verfassungs-, Gesetzes- und Verordnungsstufe geregelt werden soll. Die Aufgaben, die Abgrenzung und die Rolle der Erziehungsberechtigten, der privaten Träger, der Gemeinden und des Kantons sollen geklärt sein.

Nächste Schritte

Die Bildungs- und Kulturdirektion (BKD) setzt eine breit abgestützte Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Berichts ein (bis Ende August 2009).

Ziel bis Ende Jahr

Die Arbeitsgruppe "Rechtsgrundlagen der Kinder- und Jugendförderung" ist eingesetzt und hat die Arbeit aufgenommen. Es ist entschieden, ob rechtliche Grundlagen für die Kinder- und Jugendförderung erarbeitet werden oder nicht.

Staatsarchiv

Ausbau der Kundendatenbank

[Zurück zur Übersicht](#)

Im Jahre 2007 konnte die Kundendatenbank mit zwei PC-Stationen im öffentlich zugänglichen Recherchebereich eingerichtet werden. Strenge Sicherheitsvorkehrungen mussten getroffen werden, um das Eindringen Unbefugter in die Kerndatenbank zu verhindern. Bis Ende 2008 wurden die Ton-Protokolle des Landrates und die Findmittel sämtlicher inventarisierten Privatbestände sowie der Akten des Ancien Régime und der Helvetik aufgeschaltet. Vor Ort steht nun den Archivbenutzerinnen und Archivbenutzern im Bereich der Privatbestände und des alten sowie helveti-

schen Archivbestandes neben der analogen (Karteikarten) eine digitale Recherchier-Möglichkeit mit all ihren zusätzlichen Angeboten (Volltextsuche etc.) zur Verfügung. Die Findmittel stehen im pdf-Format auch auf der Website des Staatsarchivs zur Verfügung.

Im Jahre 2009 soll nun mit den Vorbereitungsarbeiten zur Aufschaltung der inventarisierten staatlichen Akten ab 1803 begonnen werden.

Ein wichtiger Hinweis: Die Einsicht in die Findmittel bedeutet nicht automatisch die unbeschränkte Möglichkeit der Einsichtnahme in die Unterlagen selbst. Datenschutzgesetz und Archivreglement behalten ihre volle Gültigkeit.

Stand

Am 1. Januar 2009 ist nur ein sehr kleiner Teil der in den letzten Jahrzehnten inventarisierten staatlichen Bestände digital erfasst. Wohl ca. 90 % der ca. 30'000 analogen Inventarkarten müssen digital nacherfasst werden.

Nächste Schritte

Im Laufe des Jahres 2009 sollen im Bereich der inventarisierten staatlichen Akten die Bestandessignaturen R-100/101/102/120/150 und 151 digital nacherfasst, in die Datenbankstruktur (Thesaurus) eingefügt und zur digitalen Veröffentlichung vorbereitet werden. Der Archivplan findet sich im [Internet](#).

Ziel bis Ende Jahr

Bis Ende 2009 sollen die inventarisierten staatlichen Akten der Bestandessignaturen R-100/101/102/120/150 und 151 digital und online den Kunden zur Verfügung stehen.

Records Management im Rahmen der GEKO

[Zurück zur Übersicht](#)

Damit die Geschäftskontrolle umgesetzt werden kann, müssen auf der Ebene der Direktionen einheitliche Registraturpläne erarbeitet werden. Gleichzeitig wird die Aktenablage gesichert. Im Rahmen dieser Arbeiten wird das 2008 aufgrund der neuen Sachlage suspendierte Projekt "Erfassung und Bewertung digitaler Anwendungen in der kantonalen Verwaltung" wieder aktiviert. Die dauerhafte Archivierung von Unterlagen aus elektronischen Systemen ist nach wie vor weltweit noch nicht gelöst. Überall werden Pilotprojekte durchgeführt, um Erfahrungen zu sammeln. Im Rahmen der auf nationaler Ebene eingerichteten "Koordinationsstelle für die dauerhafte Archivierung elektronischer Unterlagen" (KOST) ist das Staatsarchiv Uri an solchen Vorabklärungen beteiligt. Die erfassten digitalen Anwendungen sollen im Jahre 2009 grundsätzlich auf ihre Archivwürdigkeit hin bewertet werden. In einem zweiten Schritt wird dann entschieden, was analog und was digital dauerhaft zu sichern ist. Für die dauerhaft zu sichernden digitalen Unterlagen gilt es dann, die für eine Langzeit-Archivierung tauglichen Formate gemäss dem auf nationaler Ebene 2008 erarbeiteten Format-Katalog festzulegen. Bereits diese Vorphase wird ansatzweise aufzeigen, welche zusätzlichen Ressourcenbedürfnisse bei der Sicherung digitaler Daten gegenüber den traditionellen analogen Überlieferungen anfallen werden. Es ist heute allgemein anerkannt, dass die dauerhafte Sicherung digitaler Unterlagen in jeder Beziehung wesentlich aufwändiger sein wird, als jene analoger Unterlagen. Aus diesem Grunde ist das kantonale Informatik-Leitbild von Regierungsrat auch dahingehend angepasst worden, dass grössere Informatikprojekte Antworten auf die Fragen betreffend Langzeit-Archivierung enthalten müssen.

Stand

Im Zusammenhang mit der Einführung der GEKO Konsul hat sich die Situation im Laufe des Jahres 2008 verändert und zu einer Konzeptänderung geführt: Die Erfassung der digitalen Anwendungen soll im Rahmen der neu zu erstellenden Registraturpläne für die Direktionen 2009 erfolgen. Die Direktionen haben dem Staatsarchiv die Registraturplan-Verantwortlichen 2008 gemeldet.

Nächste Schritte

2009 beginnen die direktions-individuellen Arbeiten an den Registraturplänen.

Ziel bis Ende Jahr

Das Staatsarchiv hat sich zum Ziel gesetzt, dass bis Ende 2009 diese direktorialen Registraturpläne erstellt sind. Gleichzeitig sollten die digitalen Anwendungen erfasst und bewertet sein. Die einzelnen Direktionen bestimmen durch ihre Mitarbeit weitgehend den Arbeitsfortschritt.

Ablösung alter Videoformate

[Zurück zur Übersicht](#)

Die alten Videoformate SVHS, VHS, MC, Spulentonbänder verschwinden allmählich bzw. sind materialimmanent gefährdet. Der Zeithorizont beträgt noch höchstens 10 Jahre. Die Formate müssen - zumindest für eine Übergangsphase - auf DVDs oder CDs konvertiert werden. Die endgültige Lösung werden Massenspeicher sein, aber diese sind im Moment noch nicht operabel bzw. uns noch nicht zugänglich.

Stand

2008 wurde ein generelles Konversionsprogramm erarbeitet und mit einem Testlauf gestartet. Die Vorbereitungen sind damit soweit getroffen, dass mit der konkreten Umsetzung begonnen werden kann. Die Projektdauer wird sich über 5 bis 7 Jahre erstrecken.

Nächste Schritte

Im Jahre 2009 soll die 1. Tranche der Realisierung erfolgen. Die Umsetzung erfolgt im Rahmen der verfügbaren Mittel. Spezielle Kundenwünsche (z. B. Schweizer Fernsehen und Filmfestival Altdorf) werden berücksichtigt.

Ziel bis Ende Jahr

Umsetzung der Konversion im finanziell geplanten Rahmen der 1. Tranche.